

"Ein korruptes und diktatorisches Regime".

Es gibt unter Arafats Herrschaft schwere Verletzungen
der Menschenrechte

Von Ludwig Watzal

Der nahöstliche Friedensprozeß hat ein neues Phänomen hervorgebracht: die Menschenrechtsverletzungen der Palästinenser durch ihre eigene Autonomieregierung. Durch die Etablierung der palästinensischen Behörde hat sich die Lage der Palästinenser dramatisch zugespitzt. Sie haben es jetzt mit zwei repressiven Regimen zu tun. Sie sind das israelische Besatzungsregime nicht wirklich losgeworden, haben aber noch ein eigenes repressives Regime hinzubekommen. Somit sind die Palästinenser gefangen zwischen Israel, ihrer eigenen Regierung und den islamistischen Gruppen, die ihre Sichtweise der Bevölkerung aufzwingen wollen. Die Menschenrechte werden nicht respektiert. Es gibt unter Arafats Herrschaft eine systematische Verletzung von elementaren Rechten wie des Rechts auf Leben, der Versammlungs- und Redefreiheit, der friedlichen Opposition.

Arafat hat nach Auffassung nicht nur der Israelis in seinen Enklaven für Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu sorgen. Deshalb ging er auch sofort daran, einen umfassenden Sicherheitsapparat aufzubauen. Es gibt wenigstens acht Sicherheitsdienste, die neben der regulären Polizei tätig sind: den General Intelligence Service, den Preventive Security Service (PSS), die Presidential Security, die Force 17, das Criminal Investigation Bureau, die PNA Military Police, die Naval Police und die Disciplinary Police. Alle haben ihre eigenen Gefängnisse und arbeiten ohne festgelegten Regeln.

Diese Geheimdienste haben von ihrem Vorbild, dem israelischen Inlandsgeheimdienst Schabak, gelernt. So werden kritische Palästinenser eingeschüchtert, bedroht, willkürlich gefangengenommen und mißhandelt. Die Vereinigten Staaten und Israel fordern von Arafat immer wieder, Kritiker und Opponenten des Friedensprozesses mit harter Hand zur Raison zu rufen. Sie drückten ihre Zufriedenheit mit Arafats rücksichtslosem vorgehen aus, forderten aber noch mehr von ihm. In die Rolle des despotischen Friedensengels ist Arafat von den extremistischen Kräften von Hamas und Islamischer Dschihad in Gaza und von der israelischen Regierung gedrängt worden, was aber nicht als Rechtfertigung für die massiven Menschenrechtsverstöße dienen kann.

Wie gelehrig der palästinensische Geheimdienst ist, zeigt die Tatsache, daß bisher neun Palästinenser vom Geheimdienst zu Tode gefoltert worden sind. Die Foltermethoden gleichen denen des Schabak bis ins Detail. Nach Angaben des "Mandela Instituts für politische Gefangene" in Ramallah sind die Folterungen jedoch noch nicht so systematisch wie beim Schabak, sondern eher sporadisch, das heißt, nicht alle palästinensischen Gefangenen werden mißhandelt. Der 28 Jahre alte Mahmud al Dschamil erlag am 1. August seinen Verletzungen, die ihm im Gefängnis von Nablus durch Mitglieder der "Bahariyye" (Marinepolizisten) beigebracht worden sind. Daraufhin kam es zu gewaltsamen Demonstrationen gegen die Herrschaft von Arafats Sicherheitsdiensten. Unter mysteriösen Umständen starb am 7. August Nahid Mujahid Dahlan im Nasr-Krankenhaus in Khan Yunis. Nach offiziellen palästinensischen Angaben hat er Selbstmord begangen. Nachdem Muhammad Dahman, Direktor der Menschenrechtsorganisation "al Damir" (Gewissen), eine Untersuchung des Todes gefordert hatte, wurde diese nicht eingeleitet, sondern Dahman wurde am 12. August verhaftet, nach internationalen Protesten aber nach zehn Tagen freigelassen. Am 13. August starb im Gefängnis von Ramallah der 66 Jahre alte Khalid al Habal. Das Ergebnis der in Tel Aviv vorgenommenen Autopsie wurde jedoch nicht veröffentlicht. Angeblich war es Selbst-

mord. Etwa 1000 Gefangene sitzen seit mehr als einem Jahr in Haft, ohne daß Anklage gegen sie erhoben worden wäre. Am 22. August besuchte Rechtsanwalt Hosni Kalboni von der "Palästinensischen Gesellschaft für den Schutz der Menschenrechte und der Umwelt" (LAWE) Gefangene im Jneid-Gefängnis in Nablus. Beim Verlassen beschlagnahmte die Marinepolizei die Dokumente mit der Begründung, man habe den Besuch nur als Menschenrechtler und nicht als Anwalt gestattet. Kalboni wurde mitgeteilt, daß Gefangene keinen Rechtsbeistand haben dürften. Nach Angaben der "Jerusalem Times" vom 2. Februar 1996 wurden im Gebiet von Bethlehem 15 Palästinenser vom eigenen Sicherheitsdienst schwer mißhandelt. Immer wieder wird im Zusammenhang mit Folterungen von Palästinensern auch der Sicherheitschef von Jericho, Jibril Rajub, genannt, der Chef des "Preventive Security Service" (PSS). Er saß selbst 17 Jahre in israelischen Gefängnissen, bevor er 1988 in den Libanon deportiert worden ist. Vor Journalisten griff er im Oktober 1995 die "politisch motivierten" Menschenrechtsaktivisten, insbesondere den langjährigen Mitarbeiter der israelischen Menschenrechtsorganisation B'Tselem, Bassam Eid, an. Rajub bezeichnete ihn als "Agenten", der für die israelische Polizei arbeite. Eine solche Anschuldigung kommt einem Todesurteil gleich. Bassam Eid und andere Menschenrechtsorganisationen beschwerten sich daraufhin bei Arafat, der durch seinen Sprecher erklären ließ, das Leben Eids sei nicht in Gefahr. Die Anschuldigungen Rajubs nahm aber auch er nicht zurück. Am 2. Januar 1996 wurde Eid aus seiner Wohnung im Flüchtlingslager Schwafat in Ost-Jerusalem zur Polizeistation in Ramallah bestellt und dort 24 Stunden im Hauptquartier der "Force 17" festgehalten und dann freigelassen. Diese Maßnahme zeigt, daß die palästinensische Behörde ihre Kritiker einschüchtern und mundtot machen will. Weiterhin ist die freie Arbeit von palästinensischen Menschenrechtsorganisationen nicht mehr gewährleistet. Rechtsanwalt Raji Sourani vom "Gaza Center for Rights and Law" und Jan Abu Schakrah vom "Palestine Human Rights Information Center" wurden zum Rücktritt veranlaßt, weil sie es gewagt hatten, Arafats Vorgehen zu kritisieren.

Beide Organisationen sind gegenüber der Verwaltung Arafats mit Kritik zurückhaltend geworden. Raji Sourani hat mit dem "Palästinensischen Zentrum für Menschenrechte" ein neue Organisation aufgebaut. Jan Abu Schakrah kehrte sogar mit ihrer Familie in die Vereinigten Staaten zurück, weil es für sie unter den obwaltenden Umständen in Palästina keine Zukunft gebe, wie sie in einem Gespräch mit dem Verfasser hervorhob. Zu bedauern ist, daß die palästinensischen Menschenrechtsorganisationen generell sich mit Kritik an den Zuständen unter Arafat zurückhalten. Man konzentriert sich weiterhin auf die Menschenrechtsverstöße der Israelis. Eine offenere Kritik an Arafat ist aber unbedingt erforderlich, wenn sie glaubwürdig bleiben wollen.

Der PSS und die anderen Sicherheitsdienste halten sich nicht an Recht und Gesetz, sie begehen außergerichtliche Straftaten, Entführungen, Folter und ausgedehnte und willkürliche Festnahmen von Palästinensern im Westjordanland und im Gaza-Streifen. Die Opfer werden generell "moralischer Verstöße" bezichtigt, wie der Prostitution oder außerehelichen Geschlechtsverkehrs, Drogenkonsums, Diebstahls oder Kollaboration mit israelischen Behörden. In nur wenigen Fällen wurde gegen die Festgenommenen ein Haftbefehl erlassen, noch wurden sie formal angeklagt oder hatten die Gelegenheit, sich zu verteidigen. Für alle diese Verstöße und Übergriffe sind natürlich die palästinensischen Sicherheitsdienste verantwortlich. Israel trägt aber insofern eine Mitverantwortung, als es nach Völkerrecht für die Sicherheit und das Wohlergehen der Bevölkerung unter seiner Herrschaft verantwortlich ist, und die ist bis heute noch nicht beendet.

Es gibt Hinweise auf eine enge Kooperation zwischen den israelischen und den palästinensischen Sicherheitsdiensten, die schon zu einer ge-

heimen Vereinbarung zwischen Israels GSS und dem palästinensischen PSS geführt hat. Der Chef der PSS im Westjordanland, Rajub, und Mohammed Dahlan, der den gleichen Sicherheitsdienst in Gaza leitet trafen sich im Januar 1996 mit dem ehemaligen israelischen GSS-Chef Jaacov Peri in Rom. Aus diesem Treffen ging zwar keine formale Vereinbarung hervor, man einigte sich nur auf eine Art "understanding". Diese "Rom-Vereinbarung" existiert zwar nicht schriftlich, wird aber trotzdem angewandt. Inzwischen arbeiten beide Geheimdienste geräuschlos und effektiv zusammen. 15 "gesuchte" Palästinenser konnten aufgrund von PSS-Informationen vom israelischen Geheimdienst verhaftet werden. Die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem hat in ihrem Bericht "Weder Recht noch Gerechtigkeit" vom August 1995 zahlreiche gravierende Menschenrechtsverletzungen durch die PSS dokumentiert. Rajub bestreitet die Korrektheit des Berichtes, ohne im einzelnen sagen zu können, wo die Fehler liegen.

Insbesondere das von Arafat am 7. Februar 1995 auf Druck der Vereinigten Staaten und Israels eingerichtete Staatssicherheitsgericht ist ein Skandal. Diesem ominösen "Gericht" sitzen drei inkompetente Militär Richter vor, deren Entscheidungen von Arafat bestätigt werden müssen. Im Gründungserlaß wird darauf hingewiesen, daß der Ursprung dieses "Gerichts" in ägyptischen Verfassungsregeln von 1962 liegt. Dieses "Gericht" soll sich mit Verbrechen befassen, "die die Sicherheit im Land und außerhalb" betreffen, sowie "anderen Verbrechen, die die Sicherheit und das Wohlergehen der Sicherheitsbehörden unterminieren". Jedes Individuum, das "absichtlich eine Tat begeht, die der Unabhängigkeit des Staates schadet, wird zum Tode verurteilt". Dieses Staatssicherheitsgericht arbeitet außerhalb des regulären Gerichtssystems.

Allein die Verfassungsregeln widersprechen allen demokratischen Spielregeln: Über die Verhandlungen gibt es keine Protokolle, die Gefangenen wissen bis kurz vor der Eröffnung des Prozesses nichts über die Vorwürfe, es sind keine Anwälte zugelassen, und das Gericht tagt fast ausschließlich nachts, da es sich tagsüber in den Fall einarbeiten müsse, wie es der palästinensische Generalstaatsanwalt Khalid al Qidrah nennt. Für Außenstehende ist es unmöglich, mit den "Richtern" zu sprechen. Das Gericht verhängt drakonische Strafen, gegen die es keine Einspruchsmöglichkeit gibt, sondern nur die Gnade Arafats. Amnesty International hat in seinem Bericht "Trial at midnight" die Prozeduren dieses seltsamen "Gerichts" detailliert dokumentiert. Durch dieses Gericht werden selbst die minimalsten Standards für einen fairen Prozeß verletzt. Vor diesem "Gericht" werden nicht nur renitente Palästinenser abgeurteilt, sondern auch diejenigen Mitglieder der palästinensischen Sicherheitskräfte, die Straftaten begangen haben. So wurden auf Veranlassung Arafats vom 5. August die drei Marinepolizisten, die für den Tod von Mahmud al Dschamil verantwortlich waren, am 6. August in einem geheimen Prozeß ohne Strafverteidigung zu 15 beziehungsweise zehn Jahren Haft verurteilt. Der palästinensische "Justizminister" Freih Abu Medein hat den Strafgerichtshof mit besonderen Komitees in den Vereinigten Staaten verglichen, die sich mit sensiblen Fragen beschäftigen. Der amerikanische Vizepräsident Al Gore hat sich mehr als einmal lobend über diese Einrichtung geäußert.

Neben diesem "Staatssicherheitsgericht" gibt es Oberste Gerichte in Gaza und Ramallah. Sie sind dem Obersten Gericht Israels nachgebildet. Arafat und seine Geheimdienste ignorieren die Entscheidungen des Obersten Gerichts, wenn sie ihnen nicht opportun erscheinen. So ordnete das Oberste Gericht am 18. August die Freilassung von zehn Studenten der Bir-Zeit-Universität an, die seit März im Gefängnis in Ramallah einsitzen. Erfolgt ist sie jedoch noch nicht.

In den Autonomiegebieten herrscht nicht Rechtssicherheit, sondern

Chaos, Willkür, Unterdrückung und völlige Rechtsunsicherheit. Diese Zustände kritisierte der palästinensische Psychiater Eyad al-Sarraj am 6. Mai 1996 in einem Gespräch mit der "New York Times", worauf er am 18. Mai von Arafats Sicherheitsdienst verhaftet wurde. Erst nach intensiven internationalen Protesten wurde er am 26. Mai freigelassen. Die Untersuchungen gegen ihn gehen laut Generalstaatsanwalt Khalid al Qidrah jedoch weiter. Sarraj mußte ein "bindendes Versprechen" unterzeichnen, keine Äußerungen gegenüber der örtlichen oder internationalen Presse abzugeben, die den Gesetzen widersprechen. Sarraj wurde erstmals am 7. Dezember 1995 von der Polizei für einen Tag festgehalten, dann aber wieder freigelassen. Am 10. Juni wurde Sarraj wieder verhaftet, da man plötzlich Haschisch in seinem Büro gefunden hatte. Sein Aufenthaltsort blieb zuerst unbekannt. Seine Familie und seine Anwälte Raji Sourani und Khader Schkeirat konnten ihn nicht sprechen. Nach eigenen Angaben wurde er gefoltert. In einem Gespräch am 22. September gegenüber dem Verfasser schilderte er seine physische Verfassung, nachdem er von seinen Landsleuten mißhandelt worden war. Sollte er noch einmal öffentliche Kritik üben, werde man ihn ermorden. Nicht nur in seinem Fall ist die internationale Öffentlichkeit gefordert, sondern auch bei den vielen unbekanntenen Palästinensern, die in Arafats Gefängnissen einsitzen und deren einziges "Verbrechen" die Kritik an den Autonomieverträgen ist.

Welcher "Verbrechen" hatte sich Sarraj schuldig gemacht? In dem besagten Interview mit der "New York Times" sagte er: "Die Menschen fühlen eingeschüchtert. Es gibt ein überwältigendes Angstgefühl. Das Regime ist korrupt, diktatorisch und unterdrückerisch. Ich sage das mit einem Gefühl der Traurigkeit, aber während der israelischen Besatzung war ich hundert Mal freier. Ich schrieb in israelischen und arabischen Zeitungen. Heute werde ich von unserer Presse und vom Fernsehen boykottiert. Es gibt viele willkürliche Verhaftungen, ohne Anklage, ohne Grund. Die Behörden unterhalten neun Sicherheitsdienste, jeder mit eigenen Gefängnissen. Menschen werden systematisch gefoltert". Zur israelischen Besatzung sagte er: "Unter der Besatzung fühlen wir die brutale Gewalt, aber wir fühlen nicht die tägliche Erniedrigung, da wir heute von der eigenen Regierung unterdrückt werden". Die Menschen fühlen nicht, daß die politische Entwicklung ihnen etwas positives gebracht habe. "Dieser Prozeß hat Gaza und das Westjordanland in ein neues Gefängnis verwandelt. Präsident Arafat wird gedemütigt; sein Volk wird gedemütigt. Wir sind nicht stolz auf unsere Regierung." Der Druck werde noch durch die katastrophale wirtschaftliche Lage verschärft. "Die Menschen sind auf ihre natürlichen Instinkte zurückgeworfen. Sie reagieren apathisch, wenn sie etwas über Demokratie und Menschenrechte hören. Was sie beschäftigt, ist Brot. Die Stimmung in Gaza ist nicht positiv. Die Menschen fühlen sich entfremdet, deprimiert und hoffnungslos".

Sarraj hatte sich schon seit vielen Jahren für einen Ausgleich mit Israel eingesetzt, aber für einen "Frieden in Würde": "Die Art des Friedens, den wir haben, kommt einer totalen psychologischen Aufgabe gleich. Er ist viel schädlicher für den einzelnen als einen Krieg zu führen." In dem bereits erwähnten Gespräch betonte Sarraj, daß das Oslo-Abkommen keine Menschenrechte und keinen Frieden gebracht habe, "die Lage ist schlimmer als vorher". Er berichtete von einem Gespräch mit Arafat, in dem dieser seine Rolle beschrieb: "Ich habe nichts auf Menschenrechte. Ich habe für Sicherheit zu sorgen. Niemand wird mich aufhalten, diesen Staat zu gründen." Seit zwei Jahren werden die Briefe Sarrajs vom Generalstaatsanwalt nicht beantwortet. "Ohne Menschenrechte und Demokratie haben wir keine Zukunft." Als Ausweg aus ihrem eigenen Dilemma müßten die Palästinenser erst mit "ihren eigenen Pathologien fertig werden". Aus vielen Gesprächen mit Palästinensern entsteht der Eindruck als sehnten sich die Palästinenser und die palästinensischen Menschenrechtsorganisationen nach der israelischen Besatzung zurück, weil die Organisationen unter der Besatzung frei arbeiten konnten und sich

weitgehend geregelten formaljuristischen Prozedere gegenübersehen, daß sie nach außen hin zwar formal korrekt behandelte, sie aber trotzdem indirekt weiter diskriminierte und unterdrückte. Immer wieder schüchtert Arafats Polizei Journalisten und die Herausgeber von Zeitungen ein, wenn sie nicht so berichten, wie er es will. Immer wieder wird das Erscheinen von Zeitungen sowie anderer Presseerzeugnissen zeitweise verhindert. Gedruckte Materialien werden beschlagnahmt. So wurden zwei Bücher des bekannten und in Amerika lebenden palästinensischen Literaturwissenschaftlers Edward Said in den Autonomie-Inseln beschlagnahmt. Said gehört seit einigen Jahren zu den schärfsten Kritikern Arafats und des Friedensprozesses. Er sieht in Arafat nur den "Statthalter der israelischen Besatzung mit anderen Mitteln". Regierungskritisches Material darf nicht gedruckt werden.

So kann festgestellt werden, daß es um die Lage der Menschenrechte nicht zum besten steht. Die Israelis setzen ihre willkürliche Politik und die Verletzung der Menschenrechte gegenüber den Palästinensern fort. Auch für das Arafat-Regime gibt es nur schlechte Zensuren zu verteilen. Die Bilanz, was Menschenrechte, Demokratie und die Achtung von Recht und Gesetz angeht, ist trostlos. Die Exzesse seiner Sicherheitsdienste offenbaren eine noch größere Malaise: Der Legislative Rat ist zur Irrelevanz verdammt; es gibt ein großes Ausmaß von Vetternwirtschaft und Korruption; das Rechtssystem verdient nicht den Namen; der Angriff auf die Meinungsfreiheit hat die Medien so zahm wie in allen arabischen Staaten gemacht. Die palästinensische Behörde ist bloß eine Fassade für Arafats Ein-Mann-Herrschaft. Arafat hält alle Macht in seinen Händen, entscheidet alles und kontrolliert das ganze Geld. Kritiker wie Edward Said oder Eyad al Sarraj werden verleumdet oder gefoltert. Jede organisierte abweichende Meinung wird als Verrat angesehen.

In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. 11. 1996.